



**LEITANTRAG. ANTRAGSTELLER: LANDESVORSTAND
FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE BEGEGNEN.**

1 „Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit - diese Frage geht am Wesentlichen vorbei. Es
2 handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem. Der Staat
3 soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst
4 überlassen: Staatliche Planung der Formen - ja; staatliche Planung und Lenkung des
5 Wirtschaftsprozesses- nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und
6 danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass nicht
7 eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft
8 lenken können. Die einzige Wirtschaftsordnung, in der dies möglich ist, ist die des
9 "vollständigen Wettbewerbs". Sie ist nur realisierbar, wenn allen Marktteilnehmern die
10 Möglichkeit genommen wird, die Spielregeln des Marktes zu verändern. Der Staat muss
11 deshalb durch einen entsprechenden Rechtsrahmen die Marktform - d.h. die Spielregeln,
12 in denen gewirtschaftet wird, - vorgeben." – Walter Eucken 1948, im Vorwort des ersten
13 Bandes ORDO

14 **Vorbemerkung**

15 Ziel und Zweck des vorliegenden Antrags ist es nicht ein Bündel an Maßnahmen
16 vorzuschlagen, die geeignet sind die Krise in Luft aufzulösen. Im Moment überschlagen
17 sich wie so oft die einzelnen Interessenvertretungen mit Einzelmaßnahmen, die
18 geeignet sind, die eigene Popularität zu steigern. Während jedoch im Gezänk um die
19 „richtigste“ Einzelmaßnahme jeder dem „gewöhnlichen“ Tagesgeschäft nachgeht, der
20 Befriedung des jeweiligen Interesses, gerät ein wesentliches Moment völlig aus dem
21 Blickfeld: War es nicht diese egozentrierte Sicht, diese mikroökonomische Denkweise,
22 die das Handeln steuerte und letztlich genau diese Krise begünstigte? Dies wäre
23 unproblematisch, wenn nicht die ideologischen „Rattenfänger“ schon die Flöten
24 ausgepackt hätten um je nach Ausrichtung entweder das Ende der sozialen
25 Marktwirtschaft einzuläuten oder die Schuldzuweisung bei einzelnen
26 Bevölkerungsgruppen zu finden. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir den Fokus
27 aufziehen und einen meist systematischen Blick auf die Krise richten, der auch
28 manchmal konkret eine Orientierung anbietet und die aktuelle Debatte ergänzt.

29 Der Weg in die Krise

30 Die Welt, Europa und Deutschland befinden sich in einer schweren Rezession. Seit Juli
31 2007 wurde das Weltfinanzsystem immer wieder erschüttert und nur dem
32 entschlossenen Eingreifen der Regierungen ist es zu verdanken, dass es nicht zu einem
33 großen Knall kam, der einen totalen Vertrauensverlust zur Folge gehabt hätte.
34 Mittlerweile ist klar, dass die Ereignisse an den Finanzmärkten nicht ohne Folgen für die
35 Realwirtschaft bleiben: einer schrumpfenden Wirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit
36 muss politisch begegnet werden.

37

38 Die Finanzkrise hat nicht eine Ursache, sondern folgte aus einem vielschichtigen Bündel
39 an Fehlentscheidungen, Fehlregulierung und Fehlverhalten. Monokausale Erklärungs-
40 und Deutungsmuster erhellen nichts und aus ihnen lassen sich keine Lehren für die
41 Zukunft ziehen. Deshalb sind Erklärungen, die von der „Krisenhaftigkeit des
42 Kapitalismus“ schwadronieren und „das System“ für die Entwicklung verantwortlich
43 machen nicht geeignet, als Ausgangspunkt für eine bessere Politik zu dienen. Sie sind
44 ausschließlich Ausdruck persönlicher Projektion.

45 Die Finanzkrise folgte auf mehrere Dekaden stabilen Wachstums und steigender
46 Wettbewerbsintensität und auf ein Umfeld sehr niedriger US-amerikanischer Zinsen.
47 Durch die niedrigen Zinsen und die Überschussliquidität konnte die Kreditmenge in den
48 USA ungehemmt steigen, Wettbewerbsdruck durch billige Importe sorgte dafür, dass
49 die Preisinflation gering blieb, die Liquidität strömte in den Häusermarkt: Die Blase
50 wuchs.

51

52 Die Aufsicht über die staatsnahen Hypothekenfinanzierer in den USA war ungenügend,
53 politischer Druck die Eigentumsquote zu stärken führte zum weiteren Wachsen der
54 Kreditblase. Dies alles ging einher mit einer negativen Sparquote und einem
55 Leistungsbilanzdefizit¹ in den USA.

56

57 Der Fortschritt im Bereich der Kreditverbriefung ermöglichte es den amerikanischen
58 Banken, die schlechten Kredite (sub-prime) in Ihren Bilanzen neu zu verschnüren und
59 am Kapitalmarkt zu veräußern. Das Risiko amerikanischer Hausbesitzer verteilte sich
60 auf der ganzen Welt bis in die deutschen Landesbanken. Oft wurden diese Geschäfte

¹ Ein Leistungsbilanzdefizit entsteht, wenn ein Land mehr importiert als es exportiert. Dadurch entsteht eine Verschuldung gegenüber dem Ausland, da der Wert der importierten Waren den Wert der exportierten übersteigt.

61 über außerbilanzielle Zweckgesellschaften abgewickelt und nur unzureichend mit
62 Kapital unterlegt. Viele Banken nutzen die Möglichkeiten, um Ihren Leverage² zu
63 steigern, sich sehr stark zu verschulden und erhöhten damit auch ihr eigenes Risiko. Aus
64 Banken wurden de facto Hedge Fonds.

65 Das Risikomanagement der Banken war vielfach nicht in der Lage die Risiken aus den
66 komplexen Produkten zu bewerten, das systematische Risiko³, das aus einem
67 gemeinsamen Ereignis, das alle Produkte gleichsam betrifft resultiert, wurde
68 unterschätzt. Die Bilanzen gaben ein verzerrtes Bild der Liquiditäts- und
69 Solvenzsituation⁴ der Banken ab. Die Bonussysteme taten ihr Übriges diese fatale
70 Investitionspolitik und die Anhäufung von Risiken zu honorieren. Die Gier trieb die
71 Manager in immer höhere Risikopositionen. Die Aufsicht und die Regulierung hielten
72 mit diesen Entwicklungen nicht stand. Die Eigenkapitalunterlegungsvorschriften für die
73 strukturierten Produkte waren zu niedrig relativ zum Risiko. Die Regulierungsbehörden
74 behielten zwar die einzelnen Institute im Blick, vernachlässigten aber den Blick auf das
75 Finanzsystem als ganzes, bzw. waren in ihren nationalen Beschränkungen gar nicht
76 dazu in der Lage.

77

78 Steigende Zinsen in den USA und damit ausbleibende Zinszahlungen aus den
79 Hypotheken führten zu einem Platzen der Häuserblase. An den Finanzmärkten und
80 unter den Banken kam es zu einer massiven Vertrauenskrise. Die Zentralbanken
81 mussten mit Liquidität helfen, viele Banken konnten nur mit Kapitalspritzen der Staaten
82 überleben.

83 In Folge der Finanzkrise kam es zu einem weltweiten Nachfragerückgang. Deutschland
84 als Exportweltmeister ist davon besonders betroffen. Im Inland fehlen Kredite, da die
85 Banken ihre Vergaberichtlinien massiv verschärft haben.

86 Die skizzierte Analyse zeigt deutlich, wie vielschichtig die Ursachen der Wirtschaftskrise
87 sind. Sie zeigen auch, dass an vielen Stellen Fehlentscheidungen und schlechte Politik
88 dazu gehören.

² Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital

³ Das Risiko, dem alle Marktteilnehmer ausgesetzt sind und das sich nicht durch Diversifizierung verringern lässt.

⁴ Liquide sein: Die nächste Rechnung bezahlen zu können; solvent sein, überhaupt durch die Geschäftstätigkeit anfallenden Zahlungen tätigen zu können.

89 Konstitutive Absichten von Godesberg bis Hamburg

90 Die Ereignisse an den Börsen und bei den Banken machen es nicht leicht einen
91 einigermaßen kühlen Kopf zu bewahren; schwieriger noch ist es, zu versuchen sich
92 überhaupt einen Überblick über das tatsächliche Ausmaß der Krise zu bekommen;
93 gänzlich unmöglich mutet es zu diesem Zeitpunkt an mit relativer Sicherheit Stellung zu
94 den Ursachen zu nehmen. Um die letzte Krise dieses Ausmaßes zu analysieren, brauchte
95 es immerhin fast 70 Jahre. Genau der richtige Augenblick also, um einen Blick in die
96 sozialdemokratischen Grundsatzprogramme der Bundesrepublik Deutschland zu werfen
97 um die konstitutive Absicht der Begründer zu beleuchten.

98

99 Im Godesberger Programm findet sich ein eindeutiges Bekenntnis der deutschen
100 Sozialdemokratie zur Sozialen Marktwirtschaft. Dort heißt es „Freie Konsumwahl und
101 freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie
102 Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.
103 Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluss von
104 Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre
105 Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei
106 den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die
107 Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger
108 Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie
109 möglich Planung soweit wie nötig.“ (Seite 8-9)

110

111 Die Autoren des Godesberger Programms stellen die freie Marktwirtschaft in den Dienst
112 der Menschen und formulieren folgendes Ziel von sozialdemokratischer
113 Wirtschaftspolitik: „(..)stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung
114 aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit
115 und ohne Ausbeutung.“ Allerdings ist auch hier ein konkreter Hinweis gegeben um die
116 Forderungen nicht im luftleeren Raum stehen zu lassen: „ Um alle Menschen am
117 steigenden Wohlstand zu beteiligen, muss die Wirtschaft den ständigen
118 Strukturveränderungen planmäßig angepasst werden, damit eine ausgeglichene
119 Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.“ Hier wird also konkret Bezug auf Situationen wie
120 die derzeitige Krise genommen. Das Stichwort ist Anpassung des Rahmens, in welchem
121 Wirtschaft funktionieren kann und soll, nicht ein Systemwechsel im Falle von
122 Veränderungen der Rahmenbedingungen!

123

124 Diese Vorstellungen finden sich ein wenig ausladender formuliert auch im Berliner
125 Programm der deutschen Sozialdemokratie. Im Berliner Programm finden sich vor allem
126 Ergänzungen zum Zusammenbruch der DDR: „Parteidiktatur und bürokratisierte
127 Planwirtschaft erwiesen sich als unfähig Staat und Wirtschaft der DDR in eine sichere
128 Zukunft zu führen.“ Und wieder ein erneutes Bekenntnis zu dem Wirtschaftssystem,
129 welches uns zum heutigen Wohlstand geführt hat: „Innerhalb des demokratisch
130 gesetzten Rahmens ist Markt und Wettbewerb unentbehrlich. Durch den Markt wird die
131 unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam koordiniert. (...)
132 Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ (Seite 44)

133 Im Hamburger Programm finden sich nun weitere Anpassungen dieses
134 Grundverständnisses im Kontext einer zunehmend global funktionierenden Wirtschaft:
135 „Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert.“ In Bezug auf die
136 Finanzmärkte und internationale Wirtschaft wird vermerkt: „Unkontrollierte
137 Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften
138 gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die
139 Finanzmärkte auf internationaler Ebene an. (...) Märkte bedürfen der politischen
140 Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für
141 uns gilt: Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel regulierender Staat wie nötig. Für die
142 Zukunft der sozialen Marktwirtschaft ist ein gemeinsames Vorgehen in der
143 Europäischen Union von entscheidender Bedeutung. Wo die Finanzmärkte lediglich
144 kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von
145 Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen, auch mit Hilfe des
146 Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges
147 Engagement im Blick haben. Wir brauchen Spielregeln für Investoren und Fonds, die
148 eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von
149 Unternehmen verhindern.“ (Seite 43)

150
151 Es zieht sich also ein roter Faden durch die Grundsatzprogramme der deutschen
152 Sozialdemokratie, das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, gepaart mit dem
153 Bewusstsein, dass Märkte einen gestaltenden Staat brauchen, der nicht nur stark genug
154 sein muss um die „Marktregeln“ im konkreten Fall anzupassen und umzusetzen,
155 sondern zum Wohle der Menschen den Markt in den Dienst der Menschen stellen muss.
156 Progressiv gestalten und neue Antworten auf veränderte Wirtschaftsentwicklungen
157 geben, das ist seit der Gründung der BRD von Godesberg über Berlin nach Hamburg und
158 somit im 21. Jahrhundert angekommen, das Dogma der deutschen
159 sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik!

160 **Der Weg zu einer sozial gerechten Wirtschaft.**

161 Die Jusos Hamburg sehen folgerichtig in der Finanz- und Wirtschaftskrise keine
162 Systemkrise, keinen Ausdruck der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems und erst
163 recht nicht den Anfang vom Ende der Marktwirtschaft. Wir sehen die Krise als ein
164 Produkt von schlechter Politik. Diese Politik muss korrigiert werden, aber mit Rücksicht
165 auf das, was Wohlstand und Freiheit sichert: die soziale Marktwirtschaft. Freie Märkte
166 sind für uns kein Selbstzweck; freie Märkte funktionieren auch nicht aus sich selbst
167 heraus. Sie müssen mit einem ordnungspolitischen Rahmen versehen werden, der die
168 richtigen Anreize setzt. Nur dann können Märkte Ergebnisse erzielen, die nachhaltig und
169 gerecht sind. Wir wehren uns aber gegen den Eindruck, die freien Märkte als solche
170 seien es gewesen, die zur Wirtschaftskrise geführt haben. Für die Finanzmärkte
171 bedeutet ein Regelungsrahmen, dass dort die Kernfunktion erfüllt wird: Ersparnisse,
172 bzw. Kapital in die effizienteste Verwendung zu lenken.

173

174 Das Krisenmanagement in der Finanzkrise hat gezeigt, dass ein starker Staat notwendig
175 ist. Der Staat war in der Situation der Krise handlungsfähig und konnte die notwendigen
176 Kapitalspritzen und Konjunkturprogramme zur Verfügung stellen. Vor der Finanzkrise
177 drehte sich die politische Debatte häufig darum, den Einfluss des Staates auf die Märkte
178 zurückzudrängen. PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen betätigten sich als
179 UntergangspredigerInnen des Staates und zeichneten in schillernden Farben eine Welt
180 unregulierter Märkte und schwacher Staaten. Die jüngsten Ereignisse haben diese
181 Prediger verstummen lassen oder gezwungen ihren alten Glaubenssätzen
182 abzuschwören.

183

184 Wir Jusos Hamburg standen und stehen für einen starken Staat. Ein starker Staat ist ein
185 handlungsfähiger Staat. Er ist in der Lage, Regeln zu setzen und schützt die Schwachen
186 im Wettbewerb. Nur ein starker Staat ist in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Die
187 Gefahr, dass das Individuum durch einen starken Staat in seiner freien Entfaltung
188 gehindert wird, sehen wir nicht. Ein starker Staat ist stark genug, sich bindenden Regeln
189 zu unterwerfen. Der Staat darf sich dabei aber nicht überheben. Nichts wäre schlimmer,
190 als ein Staat, der Erwartungen weckt, die er nicht erfüllen kann. Ein starker Staat heißt
191 für uns, dass er Regulierung und Aufsicht in den erforderlichen Bereichen durchsetzen
192 kann und in der Lage ist, denjenigen, die Hilfe benötigen, unter die Arme greifen kann.
193 Die Politik darf aber nicht der Versuchung erliegen, dem Staat Aufgaben zuzuschansen,
194 die ihn überfordern. Aus einem starken Staat wird so ein fetter Staat: Dieser ist

195 bewegungsunfähig und in der Krise nicht in der Lage zu helfen und zu stützen, weil ihm
196 die Beweglichkeit fehlt und Kapitalmittel nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen.
197 In seiner Schwäche wird er nervös und reagiert über. Ein schwacher fatter Staat wäre
198 Gefahr für Freiheit und Gerechtigkeit.

199

200 Ein starker Staat muss auch in der Lage sein, die BürgerInnen vor den Auswüchsen der
201 Ansprüche der Wirtschaft zu schützen. Die marktwirtschaftliche Produktion dient dem
202 Menschen und seinen Bedürfnissen. Der Mensch muss auch für Unternehmen mehr sein
203 als nur Humankapital im Produktionsprozess. Wir lehnen Ansprüche der Wirtschaft ab,
204 die den Menschen zu einem stromlinienförmigen Teil der Gewinnerzielungsmaschinerie
205 degradieren. Wir Jusos sehen jeden einzelnen Menschen, jedes einzelne Individuum im
206 Zentrum politischen und wirtschaftlichen Handelns. Wir lehnen es ab, wenn Firmen
207 über den Arbeitsmarktdruck versuchen, Menschen zu willfährigen LohnsklavenInnen zu
208 machen. Dieses Umdenken muss jetzt einsetzen, um die Marktwirtschaft auf eine neue
209 Vertrauensgrundlage zu stellen. Die Wirtschaft muss menschlich ausgestaltet sein:
210 Produktion, Abläufe und Prozesse müssen dem Menschen dienen.

211 **Forderungen der Jusos Hamburg**

212 Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise müssen kurzfristig geeignet sein, die Nachfrage
213 zu sichern und Vertrauen zu stiften. Mittelfristig muss ein neuer Ordnungsrahmen für
214 die Finanzwirtschaft aufgebaut werden, Langfristig brauchen wir eine
215 zukunftsweisende Industriestruktur in Deutschland.

216

217 **Mindestlohn und europäische Sozialstandards**

218 Märkte müssen gerecht sein. Deshalb fordern wir Jusos Hamburg einen europaweiten
219 Mindestlohn und verbindliche europäische Sozialstandards. Nur so ist es möglich, dass
220 ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung geschützt werden und dass der Wettbewerb um
221 die geringsten Sozialstandards unterbunden wird.

222

223 **Wirtschaftliche Teilhabe**

224 Wirtschaft und Märkte sind für die Befriedigung von Bedürfnissen da. Aufgabe einer
225 sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist es, dafür zu sorgen, dass alle BürgerInnen
226 mit gleichen Chancen am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Um dies zu
227 gewährleisten brauchen wir einen Mindestlohn. Die Wirtschaft muss so geregelt sein,
228 dass Innovation und technischer Fortschritt unterstützt werden. Dazu brauchen wir
229 einen positiv besetzten Begriff des Unternehmers.

230 Wir brauchen aber auch ein neues Nachdenken über Privatisierung. Bisher wurde zu
231 wenig geprüft, ob Privatisierung tatsächlich am Ende dem Verbraucher zu Gute kommt.
232 Das kann der Fall sein, muss es aber nicht. Diese Prüfung muss bei jedem
233 Privatisierungsprojekt genauer als bisher erfolgen. Kommt man zu dem Ergebnis, dass
234 der Staat besser in der Lage ist, wirtschaftliche Teilhabe zu sichern, müssen Aufgaben
235 auch dort verbleiben, bzw. wieder vom Staat wahrgenommen werden. Eine solche
236 Prüfung hat auch die sozialen Aspekte einer Privatisierung ins Kalkül zu ziehen. Diese
237 schließen beschäftigungs- und strukturpolitische Erwägungen mit ein.

238

239 **Maß halten, Generationengerechtigkeit**

240 Die Konjunkturpakete und Liquiditätsspritzen waren notwendig, um die Funktion
241 unserer Wirtschaft zu erhalten. Sie stellen aber eine erhebliche Belastung der nächsten
242 Generation dar. Es ist deshalb wichtig bei zukünftigen Ausgaben Maß zu halten und vor
243 allem darauf zu achten, dass Projekte, die mit Schulden finanziert werden, in die
244 Zukunft gerichtet sind. Die zukünftigen Generationen dürfen nicht durch zu hohe
245 Schulden überfordert werden. Wir Jusos Hamburg stehen für einen gerechten Ausgleich
246 zwischen Jung und Alt.

247

248 Die Belastung durch die Rückführung der Schulden aus den Konjunkturpaketen muss
249 gerecht verteilt werden. Auch hier gilt das Prinzip der Solidarität: Starke Schultern
250 müssen mehr tragen als schwache, Profiteure des Konjunkturpaketes müssen sich
251 stärker beteiligen. Eine Reichensteuer kann hierfür das geeignete Instrument sein.

252

253 **Breitere Wirtschaftsförderung**

254 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigen, dass die deutsche Industriestruktur zu
255 sehr auf den Automobilsektor ausgerichtet ist. Wir fordern, Anreize zu setzen, die
256 Diversifikation in unserer Industrie zu verbreitern. Mehr Investitionen in Forschung und
257 Bildung sind dazu unerlässlich.

258

259 **Steueroasen trockenlegen**

260 Steueroasen haben ein parasitäres Geschäftsmodell: Sie nutzen die Schwäche der
261 Steuerfahndungsbehörden, um BürgerInnen bei Straftaten zu unterstützen und helfen
262 diesen, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Wir unterstützen deshalb
263 die Forderung internationale Regeln zur Verfolgung von Steuerstrafsachen aufzustellen
264 und auch ein schärferes Vorgehen der deutschen Steuerfahnder.

265 Aufsicht und Regulierung

266 Die Jusos Hamburg fordern ein verbindliches weltweites Regelsystem für die
267 Finanzmärkte. Die internationalen Regelungen müssen so ausgestaltet sein, dass eine
268 nationale Regulierung sich darin wiederfinden kann und durchaus schärfer sein kann.
269 Der Internationale Währungsfonds kann eine Institution sein, die diese Regeln - ähnlich
270 wie die Welthandelsorganisation (WTO) für den Handel – ausgestaltet. Für Europa
271 wollen wir eine einheitliche Aufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB)
272 angesiedelt wird. Nur eine europäische Finanzmarktaufsicht ist mit einer gemeinsamen
273 Währung mittelfristig kompatibel. Die Regulierung der Institute sollte sich auch an der
274 Größe orientieren. Auch kleine Sparkassen müssen in der Lage sein, die Auflagen zu
275 erfüllen, bzw. die Auflagen müssen sich an der Größe der Bank orientieren. Sollte in
276 Deutschland eine Bankenkonsolidierung einsetzen, so ist Augenmaß gefragt. Die Dichte
277 der Sparkassen und Volksbanken muss erhalten bleiben.
278 Außerbilanzielle Geschäfte gehören in die Bilanz, damit Investoren die Risiken
279 beurteilen können, die Banken eingehen. Die Unterlegungspflichten⁵ für risikoreiche
280 Produkte müssen erhöht werden.

281

282 Hedge Funds

283 Hedge Funds nutzen Arbitragemöglichkeiten⁶ an Märkten und versuchen durch sehr
284 risikoreiche Strategien Gewinne zu erzielen. Durch ihren hohen Verschuldungsgrad und
285 bei einigen durch eine kritische Größe sind sie eine Quelle starker Schwankungen an den
286 Märkten. Die Jusos Hamburg fordern deshalb:

- 287 - Registrierung von Hedge-Fund-Managern und Funds
- 288 - Offenlegung von Größe, Anlagestil, Verschuldungsgrad und Performance
- 289 - Stärkere Unterlegungspflichten bei Banken für Kredite an Hedge-Funds
- 290 - Regulierung und Aufsicht sollte an dem Ort der Geschäftsräume, nicht an
291 dem des Briefkastens erfolgen

⁵ Unterlegung bezeichnet denjenigen Eigenkapitalbetrag, den eine Bank für einen vergebenen Kredit vorhalten muss.

⁶ Arbitragemöglichkeiten entstehen, wenn Wertpapiere von einem Gleichgewichtspreis oder –zins abweichen. Sie können durch komplexe Konstruktionen zur Gewinnerzielung genutzt werden, bspw. mit Leerverkäufen.

292 **Börsen und Aktiengesellschaften**

293 Eine geringe Börsenumsatzsteuer kann dabei helfen, das Spekulationsmotiv an den
294 Börsen zu verringern. Die Corporate Governance muss gestärkt werden. Der
295 Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft müssen mehr Entscheidungsspielräume
296 zugestanden werden. Hierin findet sich der Gedanke einer demokratischen
297 Wirtschaftsordnung wieder. Insbesondere die Vergütung des Vorstandes sollte von der
298 Hauptversammlung beschlossen werden. Die Vergütung kann leistungsbezogene
299 Komponenten aufweisen (Boni), allerdings müssen diese in beide Richtungen
300 funktionieren: Erfolge dürfen belohnt werden, Mißerfolge müssen mit entsprechenden
301 Einbußen verbunden sein. Bei den Bilanzierungsrichtlinien muss darüber nachgedacht
302 werden, ob das „Fair Value-Accounting“ (Marktwertprinzip) nicht durch Prozyklizität zur
303 Verschärfung der Krise beigetragen hat.

304

305 **Ein junges Konjunkturprogramm**

306 Die Konjunkturprogramme waren notwendig, um die Nachfrage zu stützen. Sie setzen
307 aber vornehmlich am bestehenden an. Wir fordern darüber hinaus ein junges
308 Konjunkturprogramm, das vor allem jungen Menschen zu Gute kommt.
309 Wir fordern deshalb von Bund und Ländern mehr Investitionen in die Zukunft: In
310 erneuerbare Energien und in Forschung und Entwicklung. Auch kleine Firmen und Start-
311 Ups müssen von den staatlichen Geldern profitieren. So kann es gelingen, aus der Krise
312 heraus unsere Industrie zu erneuern.

313

314 Wir fordern in einem solchen Programm zusätzliche Mittel für die Jugendhilfe
315 bereitzustellen, um die Auswirkungen der Rezession in sozialen Brennpunkten zu
316 bekämpfen. Auch die Ausbildung junger Menschen muss gefördert werden, sollte es zu
317 Problemen in diesem Markt kommen.

318

319 Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Jung und Alt können wir diese Krise
320 meistern und mit einer gerechten und modernen Wirtschaftsordnung die Zukunft
321 gestalten.